

Bewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 16. August 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

ARBEITER UND ARBEITERINNEN DEUTSCHLANDS!

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: Die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Parole muß sein:

Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!

Gegen die Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Berlin, den 16. August 1930.

Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

An unsere Verbandsmitglieder

Kolleginnen und Kollegen! Keine der bisherigen Reichstagswahlen war für die deutsche Arbeiterklasse von so entscheidender Bedeutung wie die bevorstehende am 14. September. Der Aufruf des Vorstandes und Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den wir vorstehend unseren Verbandsmitgliedern zur Kenntnis bringen, kennzeichnet treffend die Situation.

Bei dem Kampfe, der jetzt ausgetragen werden muß, steht für die Gewerkschaften außerordentlich viel auf dem Spiele. Seit Jahr und Tag führen die Unternehmerverbände im Bunde mit der politischen Reaktion den heftigsten Kampf nicht nur gegen die Arbeitslosenversicherung, sondern gegen das gesamte Werk der sozialen Gesetzgebung, das namentlich in der Nachkriegszeit unter Führung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zur Wahrung der Rechte und zum Schutze der deutschen Arbeiter geschaffen worden ist. Der Führer der schwerkapitalistischen Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat diese reaktionären Bestrebungen in die Worte zusammengefaßt:

„Es muß ein Haltesignal für die sozialen Ausgaben aufgerichtet werden!“

Das kapitalistische Herrenmenschentum ist eben der grimmigste Feind aller sozialen Bindungen, die von ihm nur als lästige Fesseln empfunden werden.

Einschränkung der sozialen Ausgaben und Abbau der Löhne und Gehälter, das sind für die Unternehmer die einzigen Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise. Die Regierung Brüning leistet dabei Vorspanndienste. Der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärte Deynhauser Schiedsspruch hat der auf einen allgemeinen Lohnabbau hinielenden Unternehmeroffensive Tür und Tor geöffnet.

Nicht genug damit! Wie die jüngsten politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen deutlich gezeigt haben, sollen die Steuerlasten zur Sanierung des Reichshaushaltes und zur Deckung der Reparationslasten in der Hauptsache auf die breiten Massen des schwer arbeitenden Volkes abgewälzt werden, während die Großagrarien staatliche Liebesgaben und die übrigen bürgerlichen Interessentenhäufen mannig-

fache Steuergeschenke erhalten sollen. Weil dank dem entschiedenen Widerstande der Sozialdemokratie die Regierung Brüning — „die reaktionärste Regierung seit dem Bestehen der Republik“, sagte der Zentrumsabgeordnete Schlack — im Reichstage keine Mehrheit für ihre volksfeindlichen Steuerpläne fand, wurde der Reichstag aufgelöst und die Steuergesetze unter mißbräuchlicher Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung im Wege der Notverordnungen erlassen. So erhält also die Reichstagswahl am 14. September die Signatur einer ausgesprochen entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten ist es im besonderen der Kampf um die

Erhaltung des Bestandes der öffentlichen Wirtschaft, die dauernd den schwersten Angriffen des privatrechtlichen Unternehmertums ausgesetzt ist, der den Mitgliedern des Gesamt-Verbandes Veranlassung genug sein muß, alle Kräfte einzusetzen, damit die volks- und arbeiterfeindlichen Mächte des kapitalistischen Interessentenhäufens in diesem Wahlkampfe niedergerungen werden.

In Übereinstimmung mit dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und unter Bezugnahme auf unser Verbandsprogramm, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß der Gesamt-Verband seine politische Interessenvertretung in den parlamentarischen Körperschaften der Sozialdemokratischen Partei erblickt, fordern wir unsere Funktionäre und Mitglieder auf, sich während des Wahlkampfes zielbewußt und freudig in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei zu stellen. Der Wahlkampf muß zugleich zu einer gewaltigen Werbeaktion für die Stärkung des Gesamt-Verbandes ausgestaltet werden. Unsere Parole für den 14. September lautet:

Für den Sozialismus — gegen den Kapitalismus!
Vorwärts zum Kampf gegen die politische und soziale Reaktion!

Am Wahltage gehören die Stimmen aller Mitglieder des Gesamt-Verbandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!
Der Verbandsvorstand.

Der Kampf um die Staatsform

Eine Betrachtung zur Reichstagswahl.

Seit dem Umsturz hat sich der Kampf um die Staatsform in drei Phasen entwickelt. Die erste Phase ist die Zeit des offenen Kampfes mit den Mitteln der Gewalt in den Jahren unmittelbar nach der Revolution. Es ist die Zeit der Putsche und Attentate. Ziel in der reaktionären Bewegung war damals die Beseitigung der Republik und die Wiederherstellung der Monarchie. Die wichtigsten Ereignisse dieser Periode waren der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kührtriner und Hitler-Putsch im Herbst 1923. Der Kapp-Putsch ist durch die Energie der Arbeiterschaft, die sofort den Generalstreik in Anwendung brachte, sehr bald zusammengebrochen. „Trotzdem ist und bleibt er das blamabelste Erlebnis der jungen Republik“ (Scheidemann). Es folgt eine Zeit schlimmster Verwirrung. Die deutsche Währung stürzte ins Bodenlose und führte zu einer katastrophalen Krise. In dieser Zeit hatte der Radikalismus der Nationalisten sowohl als auch der Kommunisten die besten Chancen. Es entstanden damals die reaktionären Geheim-

bünde, und die berüchtigte schwarze Reichsmehr begann ihre Tätigkeit; auf der anderen Seite kommunistische Gewaltakte. Es set an den Aufstand in Mitteldeutschland und den Kampf um das Leunawerk erinnert. Attentat folgte auf Attentat. Nacheinander wurden Gareis, Erzberger, Rathenau ermordet. Eine Zeitlang schien die Existenz des neuen Staates völlig in Frage gestellt. Schließlich holte die Reaktion noch einmal zu einem entscheidenden Schläge aus im Herbst 1923. Aber die reaktionäre Bewegung brach nun überraschend schnell zusammen, und mit der einsetzenden Stabilisierung kam die Wendung.

Mit der Stabilisierung der Währung wurde die Periode des offenen gewaltmäßigen Kampfes um die Republik abgeschlossen. Es folgte die zweite Phase, die Periode des Bürgerblocks. Diese Etappe ist gekennzeichnet durch den Bankrott der monarchistischen Idee, der offensichtlich wurde, als die repräsentative monarchistische Partei, die Deutschnationalen, die damals an der Rechtsregierung beteiligt waren, für die Ver-

„Längerung des Republiksschutzgesetzes (mit dem berühmten Kaiserparagrafen) stimmten. Dies war offener klarer Verrat am Monarchismus. Die Zentrumspartei bezeichneter Vorgehens als einen politischen Erfolg. „Was wollt ihr denn“ — so hieß es — „die Rechtsregierung ist glänzend. Wir haben die Republik gesichert.“ Und in weiten Kreisen der Republikaner und selbst bei vielen Parteigenossen wurde in der Tat die Auffassung populär, daß der Kampf um die Erhaltung der Republik nun an Bedeutung verliere, da die reaktionäre Bourgeoisie sich mit der neuen Ordnung abgefunden habe. Diese Auffassung war eine gefährliche Täuschung und sollte sich bald als solche erweisen. Es war klar, daß die reaktionären Mächte nicht auf den Kampf um die Wiedererlangung ihrer sozialen Herrschaft verzichten würden, auch wenn sie die Form der Monarchie preisgaben. Der Kampf wurde eben in einer neuen Form geführt. Es stand nicht mehr die Parole „Republik oder Monarchie“ im Vordergrund; die Parole hatte sich gewandelt. Sie lautete jetzt: Faschismus gegen Demokratie.

Damit trat die dritte Phase des Kampfes um die Staatsform in Erscheinung, jene Phase, in der wir uns heute befinden. Diese Phase ist für die Arbeiterklasse die gefährlichste. Denn jetzt handelt es sich um einen Ansturm, den das gesamte Bürgertum in einheitlicher Front und auf der ganzen Linie führt. Der Kampf ist offen gegen die Sozialdemokratie gerichtet, weil es sich erwiesen hat, daß in der Demokratie nicht ohne und nicht gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann. Das Bürgertum mußte erleben, daß das Ziel der Niederrückung und Ausschaltung der Sozialdemokratie nicht erreicht werden kann, solange die Demokratie besteht. Deshalb greift es zu den faschistischen Methoden. Sehr lehrreich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Regierung Brüning, das Breitscheid in einem Artikel in der „Gesellschaft“ (August 1930) sehr treffend mit folgenden Worten charakterisiert:

„Der Wunsch, die Sozialdemokratie in ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Regierung auszuschalten, ließ alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten. Es war eben wieder eine der Situationen entstanden; in der sich die bürgerlichen Parteien mit Schreden der Gefahren bewusst werden, die ihnen von der Demokratie drohen, wenn eine starke selbstbewußte Arbeiterklasse in die politische Arena eingetreten ist. Man kann sie nicht entrechten, man ist auch bereit, ihr einen Anteil an Regierung und Verwaltung zu gestatten, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Vormachtstellung des Bürgertums unangetastet bleibt. Wie in der konstitutionellen Monarchie die letzte Entscheidung trotz des Parlaments auf dem Monarchen ruht, so soll sie in der Demokratie trotz der offiziell anerkannten Gleichberechtigung des Proletariats bei der Bourgeoisie verbleiben.

Gerade die Erfahrungen der allerletzten Zeit haben uns gelehrt, daß die Demokratie Sache der Arbeiterschaft ist, und daß die Erhaltung der Demokratie und der Republik das wichtigste Interesse der Sozialdemokratie bedeutet. Man spricht von Demokratie, wenn in einem Staate alle Schichten das gleiche Wahl- und Stimmrecht genießen und alle Herrschaftsgewalt unmittelfar oder mittelbar sich auf dieser Grundlage aufbaut. Politisch und soziologisch ist ein anderes Merkmal viel wichtiger. In der Epoche des Industriekapitalismus und der Klassegegensätze sind Staatsformen grundsätzlich und in erster Linie danach zu unterscheiden, ob sie die politische Emanzipation oder die politische Unterjochung des Proletariats festlegen. Unter diesem

Gesichtswinkel betrachtet, bedeutet Demokratie politische Freiheit der Arbeiterklasse zur Erkrämpfung sozialer, ökonomischer Verbesserungen mit dem Ziel der Derwirklichung des Sozialismus.

Die reaktionäre Regierung Brüning hat durch die rechtswidrige Anwendung des Artikels 48 die Grundlagen der demokratischen Verfassung aufs schwerste erschüttert. Sie hat allen Reaktionären ohne Unterschied der Parteigruppierung Mut zu neuen Vorstößen gegen die parlamentarische Demokratie gemacht. Diese Tatsache gibt uns Veranlassung, zu beteuern, daß wir mit allen Mitteln die Demokratie verteidigen werden. „Wenn die Grundlage der Demokratie zerstört wird, sind wir in der Defensive und haben keine Wahl, dann müssen wir alle Mittel anwenden“, so wurde auf dem Kieler Parteitag erklärt. Wir dürfen uns auch nicht irre machen lassen durch das Geschwäg von der Krise des Parlamentarismus. „Nicht der Parlamentarismus, nicht einmal das verfallene Parlament haben versagt, es ist nur der Versuch gescheitert, auf parlamentarischem Boden ohne die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiter Politik zu machen.“ Dr. Hüfner.

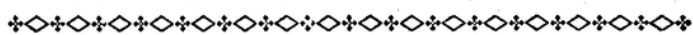
Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Das Ministerium für die besetzten Gebiete wird laut Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930 am 30. September 1930 aufgelöst.

Der Ständige Ausschuß des Reichstages hat am 6. August mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: „Der Ausschuß erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig.“

Der Großhandelsindex stieg im Juli seit einem Jahre wieder, und zwar auf 125,1 Proz. gegen 124,5 Proz. im Juni.

Ungarische Reuigier. Der Ungarische Verband für Auslands- und Völkerverbindungsangelegenheiten hat sich beim IZ über die Bestrebungen der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und ihrer Verbände in Ungarn erkundigt. Außerdem wünschte er Namen und Adressen der führenden Personen dieser Verbände. Das Sekretariat des IZ hat mit Recht diese Auskunft verweigert, denn das hieße die ungarischen Kollegen den Schergen Horthys ausliefern.



Der Unternehmer spricht:

Dies ist die Zeit der großen Not und „Sparen!“ heißt das Schlagwort, denn täglich kann die Lage sich verschärfen! Drum muß, wer sein Geschäft verliert, die Löhne senken, wo es geht, und möglichst viele auf die Straße werfen! Es bleibt uns keine andre Wahl, erscheint dies Vorgehen auch brutal, der Leitsatz lautet: „Produziere billig!“

Und nur wer tief im Elend hockt, ist nicht mehr vorlaut und verstockt und selbst bei Hungerslöhnen arbeitswillig! Und ist das Bad erst weich und klein, dann stellen wir es wieder ein, dann hat die Zeit der großen Not ein Ende! Herr Brüning macht uns keinen Strich durch unsere Rechnung — sicher nicht! „Mit Gott für Trutz und Widerstand!“

Karl Kinnel.

Zwölf Mann und ein Kapitän



Zwölf Mann und der Kapitän! Auf den Guanoinfeln haben sie einen Hund an Bord genommen, um die unglückselige Zahl dreizehn zu sprengen. Eine über Deck laufende See hat das Tier über Bord gewaschen. Also blieb es dabei: mit dreizehn Mann und einer Ladung Guano sind sie auf dem Wege von den Galapagosinseln nach Europa. Der Kapitän ist kein Draufgänger. Aber hundertundeinen Tag hat die Ausreise gedauert, elf Tage länger als die gewöhnliche Fahrt von den Scyllies nach Westamerika. Und der Reeder hat ein Kabeltelegramm geschickt: Zeitverlust aufholen!

Dierck Halstedde kennt den Sinn von Reedertelegrammen. Alle Segel hat er setzen lassen und noch keines festgemacht seit den Inseln. In gewaltiger Kurve haben sie aus den äquatorialen Breiten und dem nordwärts drängenden Küstenstrom heraus den Weg nach Süden genommen. Unaufhaltsam segelten sie gegen die feillich aufziehenden großen Wolkengebilde des Südostpassates. Bis sie vor zwei Tagen die Kapbreiten erreichten und unter den harten Stößen des Westwindes die Sonnendurchglasten, geballten Luftmassen zerfielen. Wie Meuten wilder Hunde springen Böen aus dem Meere auf und werfen sich gegen die Tuchflächen. Der Schiffer hat noch immer alles stehen: Großsegel, Mars, Bram und Oberdrum.

„Der Schiffer ist verrückt geworden!“ sagt Hannes.

Mit dem alten Martin steht er zusammen auf dem Großdeck. Die Segel stehen wie aus Metall gegossen. Masten und Tauwerk sind wie straff gespannte, himmelanstrebende Geigenalten. Und die Masten, die in der Umklammerung stahlgedrehter Stage nicht nachgeben, erklingen wie Waldbäume im Frost.

Dem alten Martin ist diese tolle Fahrt gerade recht. Nach einem halben Leben auf warmen Meeren hat er an der Westküste angeheuert, um noch einmal eine richtige Salzwasserfahrt zu machen. Er starrt in die dampfende Welt. Himmel und Horizont sind verhüllt von breit hingewischten Luftmassen. Die Wogen, die von hinten aufkommen und neben dem Schiff herlaufen, haben weiße Schaumköpfe. Sie heben sich über die Bordwand und brechen aufsprühend über das Verdeck.

Es ist nicht hell geworden heute. Die sturmgepeitschten Dunstbänke werden dichter und schwerer. Nacht braut über das Meer. „Kap Horn! Salzwasserfahrt!“

So begrüßt Martin einen Brecher, der über das dicht gespannte Luk brandet und an seinem Leib hochsprült.

Zwei Mann hängen an den Speichen des Ruders. Der dritte ist vorn im Logis und reißt die Freiwache aus dem Schlaf. Hannes und Martin stehen auf dem Deck und warten auf den Ton der Schiffsglocke, der ihre Ablösung bringen wird.

Die Weltpreisrevolution

Das Preisgebäude der Weltwirtschaft ist zusammengestürzt. Alle Wirtschaftstheoretiker hielten gerade dieses Gebäude für fest und unerschütterlich, noch vor ganz kurzer Zeit haben sowohl Theoretiker und Praktiker erklärt, daß es unmöglich sei, daß die internationalen Warenpreise auf den Vorkriegsstand herabsinken. Ja, und nun ist das Katastrophale eingetreten; sie sind noch darunter gesunken. Man führte verschiedene Gründe dafür an, daß das unmöglich sei. Das abgewaschene Argument war das der Goldentwertung, die eine allgemeine Verteuerung der Waren um 50 Proz. hervorrufen müßte. Man fühlte sich auf seinen Preisen so sicher, daß niemand in den Jahren 1928 und 1929, als auf den verschiedensten Warenmärkten Preisenkungen eintraten, einsehen wollte, daß sich hier eine Revolutionierung der Weltwirtschaft vollzog, wie sie noch nie geschehen war. Man hatte Angst vor einer Weltwirtschaftskrise und mußte deshalb eine Politik treiben, die man allgemein als Dogel-Strauß-Politik bezeichnet. Aber heute, wo man beim besten Willen die Augen nicht noch fester zumachen kann, gibt man das Vorhandensein einer Krise zu. Auch der hartnäckigste Leugner mußte auch schließlich bei einem Blick auf die Statistik das Ungeheuerliche erkennen. Daß sich auf dem Weltgetreidemarkt große Preisenkungen vollzogen haben, ist bereits jedermann bekannt. Hier interessiert vor allem der Preisverfall der industriellen Rohstoffe:

	1913 gleich 100				1913 gleich 100		
	Juni 1929	Juni 1930	Juli 1930		Juni 1929	Juni 1930	Juli 1930
Baumwolle . . .	147	127	105	Blei	131	99	99
Wolle	160	118	108	Zinn	121	78	73
Rohseide	117	89	67	Silber	91	62	59
Flachs	193	136	141	Platin	139	88	88
Jute	85	65	58	Kohle	103	93	91
Kupfer	114	80	74	Eisen	151	146	146
Zinn	118	82	79	Kautschuk . . .	28	18	16

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß die meisten Produkte unter Vorkriegswert verkauft werden. Kupfer wird 30 Proz., Zinn 20 Proz., Gummi 80 Proz. usw. unter dem Niveau von 1913 verkauft. Daß aber außerdem alle Textilienmärkte ganz außerordentlich nachgelassen haben, dürfte erst recht bekannt sein.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Großhandelsindizes der einzelnen Länder betrachtet werden.

		1928 gleich 100			
		Januar	Februar	März	April
Deutschland . . .	1930	94,5	92,4	90,3	90,5
	1929	99,3	99,3	99,3	97,9
England	1930	93,4	91,1	88,7	88,2
	1929	98,6	98,7	100,0	98,8
Frankreich	1930	90,9	90,9	98,1	88,3
	1929	101,6	102,8	103,0	101,0
USA	1930	95,7	94,4	93,0	92,9
	1929	99,6	99,1	99,9	99,2

Die vorstehende Zusammenstellung geht von 1928 als Grundjahr aus, es ist zu berücksichtigen, daß die Zahlen der einzelnen Länder wegen der verschiedenen Errechnungsmethoden nicht miteinander vergleichbar sind, sondern nur als Vergleichsmaßstab für jedes betreffende Land gültig sind.

Was sind nun die Gründe dieser Preisrevolution? Die Goldverknappung kann sie nicht erklären. Gewiß wird sie eine kleine Einwirkung gehabt haben, aber selbst die Leute, die diese Ansicht vertreten, sagen, daß sich der Goldbestand um nur 8 Proz. verknappet hat; was kann das schon für einen Preisabbau in solchem Umfang für eine Rolle spielen. Das Schwerkgewicht wird vielmehr auf der Warenseite zu suchen sein!

Tatsächlich wird man erkennen müssen, daß die Produktionsmärkte seit Kriegsende dauernd vergewaltigt worden sind. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage haben die Rohstoffproduzenten versucht außer Kraft zu setzen, und diese Sünde wider das Blut hat sich schwer gerächt. Man wollte die Preise hochhalten trotz einer effektiven Ueberproduktion. Das Komische bei der Sache ist, daß diese Ueberproduktion nicht infolge mangelnder Kaufkraft, sondern infolge zu teurer Preise nicht abgesetzt werden konnte. Hier sieht man also die wahre Seite der fortschreitenden Kartellierung an den Weltrohstoffmärkten.

Als man dann nicht weiter konnte, hat man die Kartelle aufgehoben und der Kladderadatsch kam: die Preise fielen weit schlimmer, als das der Fall gewesen wäre beim „freien Spiel der Kräfte“. Dazu kommt noch, daß die übertriebene Rationalisierungswelle, die alle Industrien der Welt erfaßt, eine Aufblähung der Produktionskapazität der Fertigwarenindustrie zur Folge hatte, auch zum Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beitrug.

Was ist nun zu tun? Diese Frage bewegt uns vor allem, weil es ja schließlich nur die Arbeiter sind, die die Not der Krise tatsächlich spüren. Freilich ist die Zahl der Bankrotte groß, aber diese Leute werden immer zu leben haben. Der Arbeiter leidet aber unmittelbare Not. Deshalb unser Kampf dem Bürgerblock, der die Lasten auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen will, der die Lösung der Krise nur von der Produktionsseite herbeiführen will. Die alte gewerkschaftliche Kaufkrafttheorie ist der einzige Ausweg aus dem Niedergang. Das werden auch bald unsere verehrten Wissenschaftler einsehen müssen. Denn ohne Zweifel ist die Art der Ueberwindung dieser Krise für das kapitalistische System entscheidend. Geht es den alten Weg, dann beweist es, daß es nicht fähig ist, selbst ein Mittel gegen seinen Zusammenbruch zu finden. Aber wir hoffen noch, daß die Vernunft nicht ganz aus allen Köpfen verschwunden ist. Senkung der Preise, über das bisherige Maß hinaus, Halten der bisherigen Löhne und damit Hebung des inneren Absatzes, nur das kann helfen.

Alle anderen Voraussetzungen zum Wiederaufstieg wären auch gegeben! Die Young-Anleihe ist bereits aufgelegt und gibt uns größere Freiheit. Die Auslandsanleihen beginnen wieder zu fließen, der Geldmarkt ist flüssig, der Kapitalmarkt wird folgen.
W. PITT.

„Glaubst du, daß ein Schiff sich an den Meeresboden hinuntersegeln kann?“ fragt Hannes.

„Das ist schon vorgekommen!“ entgegnet Martin.

Die beiden beobachteten, wie das Schiff die Wellenberge hochklimmt. Auf dem Rücken der schaumbedeckten Wogenberge schüttelt es sich, neigt den Kopf und stürzt jäh die Täler hinunter.

Das Schiff bohrt seine Nase in einen Berg ein. Unmählich Wasser schaufelt es auf, die donnernd über das Verdeck rollen.

„Bei Gott, er ist verrückt geworden!“ brüllt jetzt auch Martin.

Zusammen erreichen die beiden die Stufen, die auf die Hütte hinaufführen. Weiter kommen sie nicht. Die Wassermassen wuchten ihre Schultern nieder. Für Sekunden sind beide in der Flut verschwunden.

„Man sollte ihn in Eisen legen!“ schnauft Hannes, nachdem er seinen Kopf wieder frei bekommen hat.

„Ja, in Eisen sollte man den Schiffer legen!“ ruft auch Martin.

Sie hängen, mit den Fäusten an das Treppengeländer geklammert, und heben ihre Augen zur Hütte hinauf. Oben steht der Steuermann. Breit und vierkant vermauert er den Weg. Aus einem Bauerngeschlecht von der Ostseeküste ist er, gesund und froh. Sein Blut ist frei von bösen Vorahnungen. „Kloß“ nennen sie ihn auf dem Schiff.

Er legt die Hände zu einem Trichter an seinen Mund.

„Sechzehn Knoten!“ brüllt er auf die bleichen, wassertriefenden Gesichter hinunter:

„Sechzehn Knoten! Wir holen auf!“

Dann liegen sie in ihren Kojen: Hannes, Martin, die beiden vom Ruder und der andere, der die Waage gewekkt hat. Tabakqualm ist in der Luft, mischt sich mit brackigem Geruch des Seewassers, das seit Tagen am Boden hin und her schwemmt, mit dem Gestank der niedrig brennenden Lampe und den Ausdünstungen der Männer zu schwerem, betäubendem Brodem.

Sie schlafen — mit weit offenen Sinnen. Der Rhythmus des Schiffes ist in ihrem Blute. Sie fühlen, wie es von einem Bug nach dem anderen überrollt, wie riesige Kräfte es himmelwärts stoßen und wie es mit dem Gewicht von dreihunderttausend Zentner Guano die Tiefen hinunterfährt. Sie hören das Heulen des Sturmes über ihren Köpfen. Der enge Wohnraum erdröhnt wie der Doppelboden eines riesigen Bahninstrumentes.

Über das Verdeck gellen Stimmen.

Der zweite Steuermann ruft die Waage:

„All hands an die Backbordbrassen!“

„Hoi—ho! Pull boys! Alle Mann! Zu—gleich!“

Wassermassen brechen über die Reling und ersticken den Schrei. Auf dem nächsten Wogenkamm erklingt er wieder:

„Hoi—ho! . . . pull boys! . . .“

Mit gespannten Muskeln, Meerfalg in Bärten und Brauen,

Die Änderungen der Leistungen in der Krankenversicherung

I.

Die gesetzgebenden Stellen arbeiten bereits seit Ende vergangenen Jahres an einer Reform der Krankenversicherung. Ein beschleunigtes — richtiger ein überstürztes — Tempo wurde aber erst eingeschlagen, als die gegenwärtige Reichsregierung sich genötigt sah, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung angesichts der großen und dauernden Arbeitslosigkeit auf 4½ Proz. zu erhöhen. Es sollten zum Ausgleich die Beiträge der Krankenversicherung, die im Reichsdurchschnitt 6,3 Proz. des Lohnes betragen, mit 0,8 bis 1 Proz. gesenkt werden. Dementsprechend erhielten nun auch die ursprünglichen Entwürfe der Reichsregierung einen wesentlichen anderen Inhalt. Sie waren nunmehr stark auf Abbau eingestellt. Es sollte bei dem Haushalte der Krankenkassen etwa 300 Millionen Reichsmark im Jahre eingespart werden. Dies ist naturgemäß in erster Linie durch Herabsetzung der Leistungen zu erreichen. Daneben sollte dies auch durch Beteiligung der Versicherten an den Arznei- und Heilmittelkosten sowie durch eine Krankenscheingegebühr herbeigeführt werden. Der letzte Entwurf der Reichsregierung hatte bereits den Reichsrat passiert und war auch im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages durchberaten worden. Zu einer Beratung im Plenum kam es jedoch nicht mehr, weil der Reichstag aufgelöst wurde. Inzwischen hat nun der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung am 26. Juli 1930 die bekannte Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände erlassen, die — von geringen Abweichungen abgesehen — auch die Änderungen in der Krankenversicherung nach den Beschlüssen des Reichstagsausschusses in Kraft gesetzt hat. Die neuen Vorschriften sind am 28. Juli 1930 in Kraft getreten. Soweit die Leistungen der Kasse in Frage kommen, sehen die neuen Vorschriften folgendes vor:

1. **Krankenschein.** Bisher ließ das Gesetz zu, daß die Krankenkassen für die Ausstellung eines Krankenscheines bis zu 10 Pf. erheben durften. Der Gedanke einer Krankenscheingegebühr ist daher an sich nicht neu. Die Kassen hatten aber von dem Recht, diese Gebühr zu erheben, keinen Gebrauch gemacht. Es bestand für sie auch keine Verpflichtung, das Krankenscheinssystem einzuführen. Nunmehr ist jedoch zwingend vorgeschrieben, daß die Versicherten für die Krankenhilfe einen Krankenschein „lösen“ müssen. Alle Kassen sind daher zur Einführung des Krankenscheines verpflichtet. Sie müssen aber außerdem für den Schein eine Gebühr erheben, die grundsätzlich 50 Pf. beträgt. Durch die Säzung kann diese Gebühr je nach dem Einkommen auf 75 Pf. erhöht und bis auf 25 Pf. ermäßigt werden. Die Krankenscheingegebühr ist auch für die Familienangehörigen der Versicherten zu entrichten. Bei „gleichzeitiger und gleichartiger“ Erkrankung mehrerer Familienmitglieder kann die Säzung die Gebühr einheitlich auf 25 Pf. für jeden Krankenschein festsetzen. Eine gleichartige Erkrankung würde vorliegen, wenn z. B. in einer Familie Grippe eintritt oder wenn mehrere Familienmitglieder an Fleischvergiftung erkranken. „Gleichzeitig“ darf selbstverständlich nicht so ausgelegt werden, daß mehrere Familienmitglieder an ein- und demselben Tage erkranken. Wenn z. B. bei einer Infektions-

krankheit während der Erkrankung eines Familienmitgliedes in gewissen Abständen noch weitere Angehörige von derselben Krankheit erfaßt werden, würde eine gleichzeitige Erkrankung anerkannt werden müssen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Befugnis, von der Gebührenpflicht Ausnahmen zuzulassen. Mit der Festsetzung solcher Ausnahmen dürfte einstweilen nicht zu rechnen sein. Solange durch die Säzung der Kasse nicht nach den vorstehend erwähnten Grundsätzen Abstufungen vorgenommen werden, haben mithin alle Versicherten und deren Familienmitglieder für jeden Krankenschein 50 Pf. zu entrichten. Dies gilt für alle Krankheitsfälle, die nach dem 27. Juli 1930 eingetreten sind. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Erkrankung mit Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, oder Arbeitsfähigkeit fortbesteht.

Die Verpflichtung zur Lösung des Krankenscheines und zur Entrichtung der Gebühr ist jedoch keine Voraussetzung für den Anspruch auf Krankenhilfe gegen die Kasse. Der Anspruch hierauf besteht auch dann, wenn der Versicherte z. B. in einem dringenden Falle zur Lösung des Krankenscheines nicht in der Lage ist, oder wegen Mittellosigkeit die Gebühr nicht sofort bei der Ausstellung entrichten kann. Der Krankenschein kann also auch nachträglich gelöst und die Gebühr nachträglich entrichtet werden. Die Gebühr kann auch auf das Krankengeld angerechnet und von der Kasse auf diese Weise eingezogen werden. Unter Umständen können sich erhebliche Abzüge vom Krankengeld ergeben. Es ist daher zu beachten, daß nach einer schon bestehenden Vorschrift des Gesetzes Anrechnungen auf das Krankengeld „nur“ bis zur Hälfte des Krankengeldes erfolgen dürfen. Die Krankenscheingegebühr ist für jeden Versicherungsfall (d. h. Unterstützungsfall) nur einmal zu entrichten. Dies ist auch für die recht häufigen Fälle wichtig, in denen z. B. während einer Erkrankung ein Wechsel in der Kassenzugehörigkeit eintritt. Im übrigen müssen auch die Ersatzkassen diese Gebühr erheben. Für die Inanspruchnahme von Wochenhilfe und Familienwochenhilfe ist ein Krankenschein nicht zu lösen, also auch nicht die vorerwähnte Gebühr zu entrichten.

2. **Anteil für Arznei und Heilmittel.** Bisher bestand die Vorschrift, daß die Versicherten von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel in allen Fällen 10 Proz. selbst zu tragen hatten. Diese Vorschrift hat sich aber in der Praxis nur zu einem Teil der Kassen durchsetzen können, trotzdem sie zwingend war und der „Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen“ wesentliche Ausnahmen von der Verpflichtung zur Entrichtung des Kostenanteils zugelassen hatte. Trotzdem ist nunmehr vorgeschrieben, daß der Versicherte „bei der Abnahme“ von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln von den Kosten jeder Verordnung 50 Pf. an die abgebende Stelle zu zahlen hat. Dieser Betrag ist nach der Zahl der Verordnungsblätter zu entrichten. Derordnet der Arzt mehrere Arzneimittel auf einem Blatt, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten. Dies ist ausdrücklich vorgeschrieben. Muß der Arzt aber z. B. wegen der Verschiedenartigkeit der Lieferanten mehrere Blätter benutzen, so vervielfältigt sich der Kostenanteil entsprechend, auch wenn die Ausstellung der Ver-

fallen alle in das Tau ein, zweimal, dreimal! Bis der nächste Brecher über die Köpfe geht.

Die von der Freiwache haben Stiefel und Hosen anbehalten in ihren Kojen. Sie schwitzen unter dem schweren Leder und den ölgetränkten Kleidern. Wenn draußen der Ruf ertönt, bewegen sie sich, ächzen und stöhnen. Ihre Fäuste packen die Wolldecken und die Kojenplanken. Und wenn die schweren Seen klatschend und brausend über die Reling rennen und die Rufe an Deck verstimmen, schütteln sie sich, schnaufen und prusten.

Don weither und ganz fein tönt die Schiffsglocke — sechs Glas! Die Lampe bewegt sich, pendelt unregelmäßig und edkig mit schwachem Lichtkegel durch den Raum. Rot sind die Gesichter und die Fäuste der Schlafenden.

Auf den Tisch springt eine ausgewachsene Ratte hinauf. Noch eine kommt dazu. Grau und fett hüpfen die Tiere über die Planken. Ein Stück Hartbrot lassen sie unberührt. Sie heben sich, auf die langen Schwänze gestützt, hoch in die Luft.

„Dreizehn Mann!“ stöhnte Hannes im Schlaf.

„Bram und Großbram sind fest!“ meldet der Steuermann.

„Auch Fock und Großsegel müssen fest!“ bestimmt der Kapitän. Aber noch lange liegen die Leute der Wache im Dortopp auf der Bramrahe. In schwindelnder Höhe stoßen und krallen sie sich in das wild schlagende Tuch. Ihre Fäuste bluten. Zoll um Zoll raffen sie das Segelklein zusammen.

Der Rudersmann hat eine Uhr neben dem Kompaß hängen. Sieben Glas schlägt es, halb zwölf! Der Kapitän stiert über das Meer. Düster und formlos ist es. Der breite Schaumrücken einer Woge schimmert und leuchtet wie Kreide.

Kapitän Halstede wirft eine Handlogg hinunter und zählt die Knoten, die durch seine Finger laufen. Das Schiff stürzt und steigt. Und wieder schimmert ein weißer Wogenrücken. Zehn zählt der Kapitän. Zehn Schiffswellen sind die Wellen lang . . . zweihundertundzwanzig Meter!

Es ist unmöglich, breitschiffs durch diese Wasserkolosse zu gehen, um beizubrechen und den Sturm abzuwehren. Dafür ist es zu spät. Durch die Segel raft es, als wenn Scharen verfluchter Ungeheuer durch die Lüfte flögen. Böen werfen sich in die Flächen, als wären sie körperhaft. Bis in die Grundplanken hinunter erbebt das Schiff. — „Wo bleiben die Leute?“ fragt der Kapitän.

Das weite Focksegel ist zu sehen, weiter nichts. Der obere Teil des Mastes ist verhüllt, schwimmt in tintenfarbenen rasenden Luftmassen, mit Mars, Obermars und mit der Bramrahe, auf der die Leute der Wache liegen.

Und jetzt steht Dierck Halstede einen dunklen Luftbauch leibhaftig gegen die Flächen des Dormastes rennen. Er packt den zweiten Steuermann an den Schultern:

„Wecke den Klotz! Wecke die Wache . . . die Fock muß fest, Großsegel und Obermars! Alle Mann an Deck!“

ordnungen in derselben Sprechstunde erfolgt ist: Ein Patient, dem der Arzt ein Medikament und Bäder verordnet, wozu er ja verschiedene Formulare braucht, hat mithin zweimal 50 Pf. gleich 1 RM. als Kostenbeitrag zu entrichten. Der Betrag ist „an die abgebende Stelle“ zu zahlen, mithin auch beim Empfang von Mitteln, die von der Kasse selbst abgegeben werden. Betragen die Kosten einer Verordnung weniger als 50 Pf., muß der Versicherte die wirklichen Kosten tragen. Mit anderen Worten, Kosten der Verordnung bis 50 Pf. werden stets vom Versicherten allein getragen. Besonders zu beachten ist, daß auch die Verpflichtung zur Zahlung des durch die neuen Vorschriften vorgeschriebenen Kostenanteils nur für Erkrankungsfälle gilt, die nach dem 27. Juli 1930 eingetreten sind. „Bei Abnahme“ bedeutet soviel wie im Falle der Abnahme. Die Kasse ist nicht berechtigt, die Verabfolgung der Arznei usw. zu versagen oder versagen zu lassen, wenn der Versicherte z. B. im Augenblick wegen Mittellosigkeit oder aus anderen Gründen zur Entrichtung des Kostenanteils nicht in der Lage ist. Sie hat aber das Recht, etwa schuldig gebliebene Kostenanteile im Falle der Arbeitsunfähigkeit, auch wenn diese erst später eintritt, vom Krankengeld in Abzug zu bringen. Eine Verpflichtung für den Versicherten zur Abnahme der Medikamente besteht nicht. Die Kasse ist daher auch nicht etwa berechtigt, deswegen dem Versicherten irgendwelche Leistungen der Kasse zu entziehen.

Schwebende Unterstützungsfälle, d. h. solche, die vor dem 27. Juli 1930 eingetreten und nach diesem Tage noch nicht abgeschlossen waren, müssen nach dem bisherigen Recht behandelt werden. In diesen Fällen darf daher der durch die neuen Vorschriften vorgesehene Kostenanteil nicht erhoben werden. Das gilt auch für Familienangehörige. Im übrigen kann der Reichsarbeitsminister auch für die Erhebung des neu vorgesehenen Kostenanteils Ausnahmen zulassen. Einstweilen ist damit aber nicht zu rechnen. W.

Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das einen Teil des Notprogramms der Reichsregierung bildet, stellt die Gründung einer neuen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten die interessanteste Aktion dar. Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, die 400 Millionen Reichsmark inländischer Darlehnsforderungen, die das Reich aus den Maßnahmen der werbeschaffenden Arbeitslosenfürsorge angesammelt hat, zu mobilisieren. Trotz steigender Arbeitslosigkeit konnten für die Zwecke der werbeschaffenden Arbeitslosenfürsorge in den letzten Jahren immer weniger Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Während im Durchschnitt der Haushaltsjahre 1926 bis 1928 rund 100 Millionen Reichsmark für die werbeschaffende Arbeitslosenfürsorge ausgegeben wurden, waren im Haushaltsjahre 1929 nur noch etwa 77 Millionen Reichsmark und im neuen Rechnungsjahre nur noch 45 Millionen Reichsmark bereitgestellt worden. Diese spärlichen Haushaltsmittel sollen nun dadurch ergänzt werden, daß man das angesammelte Vermögen von 400 Millionen Reichsmark mobilisiert,

d. h. die festgefrorenen Kredite im Auslande beleiht. Die Reichskreditgesellschaft und die Deutsche Bau- und Bodenbank haben Verhandlungen mit dem Bankhaus Schröder in London und anderen aufgenommen, die nunmehr vor einem günstigen Abschluß stehen. Die mobilisierten Kredite werden nun in die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. eingebracht, die ihrerseits nun wieder Kredite für Notstandsarbeiten vergeben kann. Auf diese Weise wird es voraussichtlich möglich sein, in den nächsten zwei bis drei Jahren etwa 180 bis 200 Millionen Reichsmark Auslandsmittel hereinzuholen.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. ist am 2. August mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Reichsmark, offenen Reserven in Höhe von 105 Millionen Reichsmark und stillen Reserven in Höhe von zunächst rund 120 Millionen Reichsmark gegründet worden. Den Vorsitz im Aufsichtsrat wird Reichsminister a. D. Dr. Dernburg übernehmen. Der Aufsichtsrat soll demnächst durch Persönlichkeiten der Wirtschaft und aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen ergänzt werden. Auch ist beabsichtigt, Vertreter des Reichsrats und des Reichstags zuzuwählen. Die Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Reiches, die durch den Abteilungsdirigenten im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Beisiegel, ausgeübt wird.

An sich werden sich die Modalitäten der Kreditgewährung für die produktive Arbeitslosenfürsorge unter der Wirksamkeit der neuen Gesellschaft nicht verändern. Es scheint, daß die als Kreditgeber in Frage kommenden Auslandsgruppen besonderen Wert darauf gelegt haben, daß die Kreditaufnahme nicht in der Form einer allgemeinen Reichsanleihe, sondern als Anleihengewährung an eine besondere Gesellschaft mit eng umrissenem Aufgabekreis erfolgt. Darüber hinaus ergibt sich aber aus der Neugründung der Vorteil, daß die Finanzierung der Notstandsarbeiten nun von der Verabschiedung des Etats unabhängig gemacht wird, so daß ein Kreditprogramm auf lange Sicht ohne die Gefahr von Stockungen festgelegt werden kann.

Mit der werbeschaffenden Arbeitslosenfürsorge wird noch in diesem Monat begonnen werden. 200—250 Millionen Reichsmark stehen zur Verfügung. Diese Mittel werden wie folgt aufgebracht: Zunächst gibt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. 50 Millionen Reichsmark als 25jähriges Darlehen gegen 5 bis 6 Proz. Zinsen, weitere 50 Millionen Reichsmark werden die Länder zur Verfügung stellen, während die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung als Entgelt für ersparte Arbeitslosenunterstützung (nach § 139 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes) 25 Millionen Reichsmark zahlen wird. Noch einmal die gleiche Summe müssen die Träger der Notstandsarbeiten aufbringen. Als solche Träger kommen aber nur öffentlich-rechtliche und gemischt-wirtschaftliche Körperschaften in Frage. Es ist erfreulich, daß darauf mit besonderem Nachdruck hingewiesen worden ist. Man rechnet damit, daß durch die Neuregelung die Finanzierung von etwa 10 Millionen Arbeitslosentagewerke im Jahre ermöglicht wird. Bei günstigem Verlauf der Erwerbslosenziffern hofft man, die Arbeitslosigkeit um etwa 10 Proz. durch Notstandsarbeiten entlasten zu können. Dr. P.

Aber der Bacu hat Krallen und Zähne.

Die hanfgedrehten Fockschoten knallen wie Schüsse großkalibriger Pistolen, zerreißen. In Fezen zerpeitscht, donnert das Segel im Raum.

Dierck Halstede hört das Kreischen zerreißernder Stahlsaiten. Und noch was: er hält den Atem an.

Da ist es . . . Springt nieder aus Höhen, eine Faust! Der Mast bricht. Der Vormast geht über Bord, schleift mit Rufen und weit gespannten Segeln im Wasser.

Auf dem flachtreibenden Wrackgut tauchen Schatten auf . . . die abgestürzten Leute auf der Bramrahe! Einer bewegt sich, sucht das Schiff zu erreichen, das die Trümmer und Tuchfetzen an seiner Seite herschleppt wie eine gebrochene Schwinge.

Und der Kloß schwingt das Beil. Barhäuptig und ohne Jacke steht er auf dem Deck, kappt Tauen und Wanten. Das außerbords hängende Segelzeug bläht sich zu riesigen Säcken, säuft sich voll Wasser und wuchtet den Vorderteil des Schiffes nach unten.

Mit rasenden Streichen durchschneidet der Kloß die Stränge. Dußende stehen noch! Wirr verschlungen umklammern sie den Bauch des Fahrzeuges! Und langsam treiben die Segel des Großmastes und des Besans das Schiff in den nächsten Wellenkoloß hinein . . .

Hannes wacht auf. Etwas tappt über seine Brust hin, grau und geschwänzt, eine Ratte. Sie bleibt auf seinem Kojenbord sitzen,

blinzelt ihn an mit kleinen, schwarzen Perlaugen. Hannes hat keine Zeit, bei dem Anblick zu verweilen. Der Riesenzahn aus der Höhe, der aufknirschend durch den Mast rennt, schreckt ihn auf.

In unmöglicher Neigung hängt die Logislampe. Wie ein gefällter riesiger Leib liegt das Schiff mit der Nase nach unten. Der rhytmische Auftrieb fehlt. Und die Brecher, die tagelang wie schwere Hammerschläge gegen die Flächen gerannt waren, sind stumpf und weich geworden.

Draußen dröhnen Artschläge.

Entsetzen treibt Hannes aus der Koje.

Alle sind auf den Beinen, sind sprachlos und seltsam gespannt, als müßten sie zu einem Sprung ansetzen. Das Schiff neigt sich tiefer. Gegenstände kollern durcheinander. Die Leute sind zu einem Klumpen geballt, stehen mit ihren Füßen nicht mehr am Boden, sondern auf der Stirnwand des Logisraumes.

Draußen gurgelt Wasser. Wie an den Lauffächern eines Fahrstuhlschachtes fühlen sie sich abwärts sacken. Das Gesicht vom alten Martin wischt an Hannes vorbei.

„Wir segeln . . .“

Die Lampe geht aus.

Der Wogenberg hat das Vorschiff nach unten gedrückt. Das Heck hoch in der Luft, fährt es in die Tiefe. Die Wogen laufen über ein Schiff, über zwölf Mann und einen Kapitän.

Die Entwicklung der Ortsausschüsse des ADGB.

weist im Berichtsjahre keine besonders beachtlichen Merkmale auf. Es wurden 1280 Ortsausschüsse festgestellt gegen 1269 im Vorjahr. Don 1206 Ortsausschüssen gingen zur Jahresstatistik Berichtsbogen ein, davon trafen jedoch sieben so verspätet ein, daß sie in den Tabellen nicht mehr aufgenommen werden konnten. Die Beteiligung an der Statistik ist ständig gewachsen und die korrekte Ausfertigung der Berichtsbogen hat große Fortschritte gemacht. Diese beiden Tatsachen zeugen von der fortschreitenden Ausbildung der örtlichen Funktionäre in Organisations- und Verwaltungsfragen, die sich bis auf die kleinsten Ortsausschüsse erstreckt. Den an der Statistik beteiligten 1199 Ortsausschüssen waren insgesamt 12 607 Gewerkschaften angeschlossen. Von der Erhebung erfaßt wurden 4 240 368 Mitglieder gleich 85,7 Proz. der Gesamtzahl, die der ADGB am Ende des Jahres 1929 zählte. Eine völlige Erfassung aller Mitglieder ist nicht möglich, da ein großer Teil von ihnen in den kleinen oder ländlichen Gemeinden außerhalb des Bereiches von Ortsausschüssen steht. Die Zählung der Mitglieder durch die Ortsausschüsse verfolgt auch nicht den Zweck, die Mitgliederentwicklung des ADGB zu zeigen — diese Feststellung wird durch die Verbandsstatistik getroffen —, sondern es soll durch sie die Größe der Ortsausschüsse und ihre Entwicklung dargestellt werden. In vier Größenklassen eingeordnet ergibt sich für die Jahre 1929 und 1928 das nachfolgende Bild des Umfanges der Ortsausschüsse nach den Mitgliederzahlen:

Es hatten Mitglieder	1929			1928		
	Ortsauschüsse	Proz.	Mitgliederzahl	Ortsauschüsse	Proz.	Mitgliederzahl
bis 1 000	662	55,2	293 671	657	56,5	295 377
1 001— 5 000 . .	392	32,7	868 205	364	31,3	806 934
5 001—25 000 . .	118	9,8	1 158 827	118	10,1	1 165 827
über 25 000 . .	27	2,3	1 919 665	25	2,1	1 777 831

Die Steigerung der Gesamtmitgliederzahl war nicht bedeutend und die Änderungen bei den einzelnen Größenklassen sind mehr dem Uebergang von Ortsausschüssen in die nächst höhere Gruppe zuzuschreiben. So gingen u. a. die Ortsausschüsse Dortmund und Danzig durch die Vermehrung ihrer Mitgliederzahl über 25 000 von der Gruppe von 5001 bis 25 000 Mitgliedern zu der Gruppe der größten Ortsausschüsse über. Ueber 100 000 Mitglieder hatten 1929 die Ortsausschüsse Berlin (393 564), Hamburg (213 385), Dresden (160 240) und Leipzig (118 756).

Die Aufgaben der Ortsausschüsse sind durch die Bundesgesetze geregelt. Es liegt ihnen die örtliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder des ADGB ob. Als die wertvollsten Einrichtungen der Ortsausschüsse für die Mitglieder sind die Rechtsberatungsstellen zu betrachten. Sie gliedern sich in Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Die ersteren werden verwaltet von rechtskundigen Angestellten. Es bestanden 1929 in 123 Orten Arbeitersekretariate. Der Wirkungskreis dieser Stellen geht jedoch weit über die Zahl der Orte, die ihren Sitz angeben, hinaus. Ueber ihre Tätigkeit berichteten 121 Sekretariate. Diese wurden im Berichtsjahr von insgesamt 544 793 Personen in Anspruch genommen. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 544 581 und die der Schriftsätze in Rechtsfragen 195 742. Außerdem wurden in 29 378 Fällen Vertretungen vor Behörden, Gerichten usw. ausgeübt.

In enger Beziehung mit den Arbeitersekretariaten stehen die Gewerkschaftsbüros der Ortsausschüsse. Ihre Zahl belief sich im Berichtsjahr auf 63. In 24 Fällen war die in ihnen ausgeübte Tätigkeit mit der Führung der Geschäfte des Arbeitersekretariats verbunden. In den übrigen Fällen wurden die gewerkschaftlichen Arbeiten von besonders dazu angestellten Personen erledigt. Im Gesamtbereich der Ortsausschüsse wurden im Berichtsjahr 329 Angestellte, darunter 124 Hilfskräfte, beschäftigt. Von den Angestellten waren 219 in den Arbeitersekretariaten tätig.

Rechtsauskunftsstellen wurden in 349 Orten unterhalten. Sie werden nebenamtlich verwaltet. Vorausgesetzt wird jedoch auch bei ihnen eine geregelte Geschäftszeit. Sehr häufig wird die Rechtsauskunft erteilt von Angestellten größerer Gewerkschaften, die am Ort eigene Büros haben. 290 Stellen machten Angaben über den Umfang ihrer Tätigkeit. Sie verzeichneten zusammen 103 015 Auskünfte und 53 625 Schriftsätze.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Ortsausschüsse ist die Pflege der Bildungsbestrebungen. Sie hat immer mehr an Bedeutung gewonnen und wird noch weiter in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Ortsausschüsse beanspruchen. Als Ein-

richtungen für die Erfüllung dieser Aufgabe bestanden in 439 Orten besondere Bildungsausschüsse und in 795 Orten wurden gemeinsame Bibliotheken zur Benutzung für die Gewerkschaftsmitglieder unterhalten. Zu den allgemeinen Bildungsbestrebungen kann auch die Jugendbildung gerechnet werden. Jugendkartelle bestanden an 346 Orten. Don 953 Ortsausschüssen wurden zusammen 5945 Versammlungen abgehalten, die sich mit Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftsfragen befaßten. In 744 Orten fanden zusammen 3663 allgemeine Versammlungen mit Bildungsvorträgen — einschließlich Lichtbildervorführungen — statt. Unterrichtskurse wurden in 556 Orten veranstaltet, und zwar 308 Kurse für Betriebsräte, 332 für Gewerkschaftsfunktionäre (häufig auch mit Einbeziehung der Betriebsräte) und 239 Kurse, die allen Mitgliedern zugänglich waren.

Zu sehr interessanten Ergebnissen führten die Feststellungen über den Bücherbestand der gemeinsamen Bibliotheken und ihre Benutzung durch Leser. Hierüber machten 763 Ortsausschüsse mit zusammen 2 785 551 Mitgliedern Angaben. Die Bibliotheken in diesen Orten umfaßten insgesamt 668 381 Bücher; sie wurden von 178 584 Lesern benutzt und die Zahl der Ausleihungen betrug 1 188 878.

Recht stark angewachsen ist die Zahl der Gewerkschaftshäuser, sie stieg von 135 im Vorjahr auf 150 im Jahr 1929. Davon befanden sich 134 in Eigenbesitz der Gewerkschaften und in 16 Fällen dienten Pacht- oder Mieträume den gewerkschaftlichen Zwecken. Zur Bewirtung der Gewerkschaftshäuser sind in der Regel besondere Gesellschaften gebildet, hinter denen die Gewerkschaften stehen. Da die Umsätze der Gewerkschaftshäuser nicht in der Statistik der Ortsausschüsse erscheinen, so ist die Bedeutung dieser Unternehmungen für die einzelnen Orte aus den darüber gemachten Angaben nicht ohne weiteres ersichtlich. Einige Anhaltspunkte zu dieser Beurteilung bieten nur die Feststellungen über die Einrichtungen der Gewerkschaftshäuser. 104 von ihnen besitzen die drei Haupteinrichtungen: Büros, Restaurant und Verhandlungsräume zusammen, 30 haben nur Restaurant und Versammlungsräume und die übrigen weisen nur Einzeleinrichtungen auf. Don den gesamten Gewerkschaftshäusern waren 41 mit einer Herberge und 30 mit einem Hotel verbunden.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistungen der Gewerkschaften gedeckt, die in der Regel pro Mitglied festgesetzt sind. Wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, haben sich die Beitragsätze gegen das Vorjahr nach oben bewegt.

Beitragshöhe pro Mitglied und Jahr	1929			1928		
	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl	Proz.	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl	Proz.
bis 60 Pf.	519	1 076 609	25,4	536	1 106 091	27,4
61 — 120 Pf.	476	1 603 336	37,9	452	1 548 213	38,3
über 120 Pf.	193	1 556 025	36,7	163	1 383 671	34,3

Hohe Beitragsleistungen werden oftmals bedingt durch die Unterhaltung von Arbeitersekretariaten an mittleren Orten. Aber auch die von vielen Ortsausschüssen betriebene Ansammlung von Baufondsgeldern verursachen häufig sehr hohe Beitragsleistungen.

Die Gesamteinnahme der an der Berichterstattung beteiligten Ortsausschüsse betrug im Berichtsjahr 4 439 169 Mk., davon kamen auf Beiträge 3 518 399 Mk. und auf sonstige Einnahmen 920 770 Mark. Don der Einnahme an Beiträgen entfielen auf jedes Mitglied 1929 85 Pf. gegen 77 Pf. im Vorjahr.

Die Gesamtausgabe belief sich dagegen auf 3 997 044 Mk., und als Kassenbestand verblieben den Ortsausschüssen 1 799 681 Mk. Nach diesen Zahlen kann die Finanzgebarung der Ortsausschüsse als günstig bezeichnet werden. Don den Gesamtausgaben kommen auf Agitation 230 959 Mk., Gewerkschaftshäuser, Herbergen (als Zuschüsse bzw. Abführung an Baufonds) 162 905 Mk., Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen 1 246 783 Mk. und Bildungszwecke 694 523 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 873 589 Mk., für Arbeitervertreterwahlen wurden 18 675 Mk. verausgabt, die sonstigen Ausgaben erforderten 500 223 Mk. und an die Bezirksausschüsse wurden 269 387 Mk. abgeführt.

Ausführlicher über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 unterrichtet das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1929, das mit einer reichen Fülle statistischen Materials ausgestattet ist. Selbstverständlich darf es in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen.

Unsere Jugend

Bericht vom 1. Jugendleiterkursus des ADGB in der Bundeschule Bernau

In der Zeit vom 13. bis 26. Juli fand in der neuen Bundeschule in Bernau der 1. Jugendleiterkursus statt. Der Kursleiter war der ADGB. Besichtigt war der Kursus von 20 Verbänden mit insgesamt 36 Teilnehmern. Unser Gesamt-Verband war durch 2 Kollegen vertreten. Die Leitung lag in den Händen des Kollegen M a s c h k e, dem Bundesjugendleiter.

Die Grundlage des Schulbetriebes bildet die Zehner-Gemeinschaft. Je 10 Kollegen bewohnen eine Etage, davon je 2 ein Zimmer. Diese zehn sitzen sowohl im Klassenzimmer, als auch zu den Mahlzeiten im Speisesaal zusammen. Ganz besonderer Wert ist auf die sanitären Verhältnisse gelegt. Jeder Kollege hat seinen eigenen Waschkübel; für jede Zehner-Gemeinschaft sind zwei Brausen und ein Wannenbad vorhanden. Außerdem befinden sich am Ausgang vom Sportplatz eine große Anzahl von Fußbadewannen. Obwohl alles in Gemeinschaft bearbeitet und erarbeitet wird, kann sich doch jeder seinen Neigungen entsprechend in den Freistunden betätigen. Unterhaltungs- und Spielräume sowie ein gesondertes Lese- und Schreibzimmer sind vorhanden.

Unsere beschränkte Zeit machte es notwendig, die Unterrichtszeit im Gegensatz zu den übrigen gleichzeitig laufenden Kursen erheblich zu erweitern, um überhaupt die wichtigsten Probleme der Jugendbewegung durcharbeiten zu können. Die Tagesarbeit begann mit Morgengymnastik, die bei allen Teilnehmern großen Anklang fand. In der Mittagspause lag die Schwimmstunde, und für die Zeit nach dem Abendessen waren Spielleiterübungen angesetzt.

Kollege M a s c h k e zeigte die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit auf; durch eine sachliche Aussprache wurde das Verhältnis zu den übrigen sozialistischen Gruppen geklärt, mit dem Ergebnis, daß das Zusammenarbeiten in freundschaftlicher Weise eine unbedingte Notwendigkeit ist. In gleicher Art wurde das Thema „Berufsausbildungsgesetz“ behandelt. Der Geschäftsführer des Reichsausschusses Deutscher Jugendverbände, Genosse M a a s, gab eine Uebersicht über die Vielgestaltigkeit der Jugendorganisationen in Deutschland. Kollege H e f f l e r behandelte dann das Problem der Berufsschule und die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Hierauf folgten Referate des Kollegen N ö r p e l über „Lehrlingsrecht“ und des Kollegen Dr. B r o e c k e r über „Die Jugend in der Sozialversicherung“. Beide Gebiete sind für jeden Jugendleiter von größter Bedeutung. Die Ausführungen des Herrn Regierungsrat H e i n r i c h erhielten dadurch besonderen Wert, daß der Vortragende infolge seiner langjährigen Praxis als Berufsschullehrer über die Psychologie, besonders des ungelerten Jugendlichen, sehr viel Beachtenswertes vorbringen konnte. Das Seelenleben des Jugendlichen wurde von Dr. H a a s e, dem Leiter der Berliner Jugendberatungsstelle, noch einmal vom ärztlichen Standpunkt aus erörtert. Ueber die Funktionen und Aufgabengebiete der Jugendämter berichtete Stadtrat P e t e r s. Dr. S e e l b a c h sprach über „Die seelischen Kräfte der modernen Arbeiterbewegung“, die ihren Ausdruck in der verantwortungsbewußten Mitarbeit in allen öffentlichen Ämtern finden. Sprechchor und proletarische Festkultur wurde vom Genossen S i m m e r m a n n in der Weise behandelt, daß er uns gleichzeitig zu praktischen Übungen heranzog. Vorausgegangen war ein Referat von B r u n o S c h ö n l a n k über „Arbeiterdichtung und Freizeitkultur“. Weitere praktische Themen behandelten Dr. G r o ß e in seinem Referat „Der Vortrag und seine Technik“ und Kollege T i m m in „Film- und Lichtbildwesen“, die beide starken Anklang fanden. Ferner wurden eine Tageswanderung nach Kloster Chorin, durch das Naturschutzgebiet des Plagewald zum Schiffshebewerk Niederfinow, unter Führung des Genossen B i g i n g, und eine Fahrt nach Berlin mit Besichtigung der Konsumgenossenschaft, des Reichstages und des Gewerkschaftshauses durchgeführt. Im Gewerkschaftshaus sprach Kollege H a n s M ü l l e r über die örtliche Jugendarbeit, mit anschließender Vorführung des Sprechchorwerkes „D i v i d e n d e“ durch den Sprechchor der Berliner FGJ.

Die Reichhaltigkeit des Lehrplanes erforderte stärkste Mitarbeit der Kursteilnehmer, und die erworbenen Kenntnisse werden sich befruchtend auf die Gruppenarbeit auswirken. Von unserer Aktivität hängt es ab, die Jugendarbeit vorwärts zu treiben; aus ihr neue Kräfte zu gewinnen, um den Kampf für einen gerechten Anteil an den Kulturgütern erfolgreich weiterzuführen. K u r t K o s c h m a n n.

Aus unserer Bewegung

Konferenz für den Unterbezirk Singen-Höhenwiel. Die Unterbezirkskonferenz, die am 27. Juli in Singen a. H. abgehalten wurde, war von 39 Delegierten und 21 Gästen besucht. Als Vertreter des Bezirksvorstandes war Kollege B ü r k e r, Karlsruhe, erschienen; auch die sozialdemokratische Rathausfraktion hatte einen Vertreter entsandt. Den Geschäftsbericht gab Kollege J ä c k e. Die Verschmelzung der vier Verbände hat sich auch in Oberbaden bewährt; die Zusammenarbeit der einzelnen Sparten ist im allgemeinen gut. Daß es bei intensiver Kleinarbeit auch heute möglich sei, Mitglieder zu gewinnen, beweise der Erfolg bei der Post- und Telegraphie, wo wir trotz der skrupellosen Agitation der Christlichen eine schöne Anzahl Mitglieder gewinnen konnten. Besondere Aufmerksamkeit mußte auch den Abbaubestrebungen sowohl der Behörden als auch den privaten Unternehmern geschenkt werden. Trotz der allgemein schlechten Wirtschaftslage konnten für einzelne Gruppen Vorteile erreicht werden, während die von den Arbeitgebern gewünschten Verschlechterungen bis heute abgewehrt werden konnten. — Ueber „Die Aufgaben des Gesamt-Verbandes in der nächsten Zukunft“ referierte Kollege B ü r k e r. Ausgehend von den Aufgaben der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit behandelte der Redner die heutige wirtschaftliche und politische Lage und die sich hieraus ergebenden Aufgaben für den Gesamt-Verband: Kampf gegen die Entstaatlichung und Entkommunalisierung der öffentlichen Betriebe, Ausbau des sozialen Tarifrechts, damit verbunden der Kampf für ausreichende Löhne und Gehälter, die Bildungsarbeit für Funktionäre und Betriebsräte, Ausbau der Unterstützungseinrichtungen innerhalb des Verbandes usw. — Eine Entschliebung, die sich gegen die reaktionären Bestrebungen der Regierung und der Arbeitgeber richtete, wurde einstimmig angenommen. Mit einem Appell an die Teilnehmer, durch rege Kleinarbeit am Ausbau des Gesamt-Verbandes mitzuhelfen, konnte Kollege J ä c k e die Konferenz schließen.

RUNDSCHAU

Ehemalige Mitglieder des Spar- und Darlehensvereins von Angehörigen der Reichsdruckerei werden darauf hingewiesen, daß die Aufwertungsarbeiten im Spar- und Darlehensverein von Angehörigen der Reichsdruckerei abgeschlossen sind. Bei Abgabe von Buch und Karte erfolgt nach Quittungsleistung die Auszahlung des errechneten Betrages. Eingang Oranienstraße 92, Geschäftsstunden: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr und 15 bis 15½ Uhr.

In Deutschland zahlt der Arbeiter die meisten Steuern. Das Statistische Reichsamt hat für fünf Länder eine vergleichende Uebersicht über Einkommen und Steuerzahlen durchgeführt. Zum Vergleich mit Deutschland herangezogen sind Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In Deutschland werden 50 Proz. der Steuererträge vom Einkommen von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die weniger als 4000 Mk. im Jahre verdienen, aufgebracht. Die Hälfte der Steuern zahlt also der kleine Verdienende, dessen Einkommen an sich schon so knapp bemessen ist, daß es kaum zum Leben reicht. Rund 27 Proz. bringen die mittleren Einkommensklassen auf, der Rest, der kleinere Teil, wird von den Schwerverdienern gezahlt. Allein die kleinen Einkommen von 1800 Mk. Jahresverdienst, das sind die Arbeiter mit ihrem schmalen Wochenlohn, die in den Vergleichsländern fast gar keine Steuern zahlen, bringen in Deutschland 26 Proz. der Steuereingänge aus Einkommen auf. In Großbritannien wird die Einkommensteuer fast ausschließlich von den oberen Klassen aufgebracht. Rund 54 Proz. der Steuereingänge aus Einkommen werden von den Schwerverdienern mit über 50 000 Mk. Jahreseinkommen gezahlt, 28 Proz. von Leuten mit einem Jahreseinkommen von 12 000 bis 50 000 Mk. und nur 5 Proz. von Leuten mit weniger als 4000 Mk. Jahreseinkommen. Arbeiter mit weniger als 1800 Mk. Jahresverdienst zahlen überhaupt keine Steuern. In Frankreich ruht ebenfalls die Last der Zahlung von Einkommensteuern auf den Schultern der Reichen. Die Wohlhabenden mit über 50 000 Mk. Einkommen zahlen 47 Proz. der Steuereingänge, die kleinen Einkommen bis 1800 Mk. Jahresverdienst nur 1,9 Proz. In Holland bringen die hohen Einkommen 35 Proz. auf, die kleinen Einkommen 5,7 Proz. In den Vereinigten Staaten wird die Einkommensteuer fast ausschließlich von den Reichen aufgebracht. Rund 91 Proz. der gesamten Einkommensteuereingänge werden von den Wohlhabenden mit über 50 000 Mk. Jahreseinkommen gezahlt; 5,5 Proz. von Leuten mit 25 000 bis 50 000 Mk. Einkommen. Diese amtliche Feststellung ist erneut ein Beweis dafür, daß in Deutschland der arme Mann der beste Steuerzahler ist. Mit einer Reihe von neuen Steuern, wie Kopfsteuer und Leibgensteuer, wird ein neues Attentat auf das niedrige, kaum zum Satteffen ausreichende Einkommen des Arbeiters verübt. E. H.